

Überlegungen zum Wahlerfolg der SP und ihrer Exponenten

Autor(en): **Schloeth, Daniel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **79 (2001)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341624>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Überlegungen zum Wahlerfolg der SP und ihrer Exponenten

Welche Rolle spielen regionale Rücksichtnahmen in der laufenden Richtungsdebatte innerhalb der SP? Lässt sich ein Erklärungsmuster hinter den abweichenden Stellungnahmen finden oder ist es Zufall, dass die Strategiepapiere der wel-

Daniel Schloeth

schen Genossen eine Orientierung nach Links empfehlen, während Berner z. B. mit dem Gurten-Manifest zur Mitte tendieren?

Konkret: Wie sehr schielen die Tenöre der SP bei ihren Äusserungen auf die Ausrichtung ihrer eigenen Wählerschaft, wie stark sind sie bei ihren Positionsbezügen an die lokale Klientel gebunden? Vertreten sie v. a. die eigene Meinung oder sind sie Sprachrohre ihrer Kantonalparteien und ihrer kantonalen Wählerinnen und Wähler?

Die Fragen sind begründet, da es in der Schweiz bekanntlich keine nationalen Wahlen gibt, sondern es sich bei National- und Ständeratswahlen um eine Serie gleichzeitig stattfindender kantonaler Wahlen handelt. Da man nur von Stimmberechtigten des eigenen Kantons gewählt werden kann, muss man nur auf diese Rücksicht nehmen.

Bezug nehmend auf die Richtungsdebatte würde dies bedeuten, dass Figuren wie Strahm und Sommaruga sich eher zur Mitte hin orientieren, weil ihre Basis eher

gemässigt sei, und Exponenten wie Mailard und Rennwald bei ihren Äusserungen Rücksicht auf die linkere Einstellung der welschen Wählenden nähmen.

Zwar trifft es zu, dass die Westschweiz heute linker eingestellt ist als die Deutschschweiz. Begründen lässt sich dies mit ihrer Stellung als sprachliche Minderheit, was auch Bürgerliche vermehrt das Heil in staatlichen Eingriffen suchen lässt, und damit, dass dort die SVP noch keine Luft-höhe über den Stammtischen errungen hat (nach dem neusten Wahlerfolg der SVP im Kanton Genf sind aber die blocherlosen Zeiten der Romandie endgültig vorbei...).

Belegen lässt sich diese Feststellung mit den Ergebnissen der Swiss Electoral Studies (Selects) zu den eidgenössischen Wahlen von 1995 (entsprechende Zahlen zu 1999 liegen mir noch nicht vor): In den untersuchten Kantonen Genf und Waadt stuften sich jeweils die Wählenden insgesamt wie auch die SP-Wählenden auf der Links-Rechts-Achse selber linker ein als die entsprechenden Gruppen in den Deutschschweizer Kantonen.

Und im weiteren spielt der Wohnkanton sicher eine Rolle in der Service public-Debatte: Die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienste wird von Konsumierenden und staatlich Beschäftigten in den geographischen Rand- und Bergregionen sowie in den sprachlichen und wirtschaftlichen Minderheitsgebiete-

ten (Westschweiz und Tessin) als bedrohlicher wahrgenommen.

Generell trifft aber die These nicht zu, dass die Akteure der SP-Richtungsdebatte das Sprachrohr ihrer jeweiligen Basis seien. Merkmale erfolgreicher SP-Politiker und -Politikerinnen sind vielmehr die folgenden:

- Um kantonal aufzufallen, in den Nationalrat gewählt zu werden und sich dann später national zu profilieren, braucht es v. a. eine markige Position, ein besonderes Thema, eine Gewerkschaft oder Organisation im Rücken.
- Gerade in Zürich sind so profilierte Linke erfolgreich in den Nationalrat gewählt worden: So wurden etwa Andi Gross als GSoA-Vorzeigeaktivist, Hans Steiger als grün-linker Fundamentalist und auch Moritz Leuenberger ursprünglich mit einer eher linken Position in den Nationalrat gewählt.
- Auch und gerade ein Jean Ziegler wäre in Zürich 1999 sehr gut in den Nationalrat gewählt worden, wenn er auf der offiziellen SP-Liste platziert gewesen wäre und nicht auf der chancenlosen Juso-Liste.
- In der Deutschschweiz ist man aber in ein Exekutivamt nur wählbar, wenn man als SP-Vertreter mit der Zeit einen gemässigten Kurs fährt und allzu enge Lobbythemen meidet – in der Westschweiz wird dies ähnlich sein.
- Überspitzt formuliert sieht eine ideale Karriere folgendermassen aus: Klare, auffällige Position oder Thema vertreten, ruhig provokativ links, so gewählt werden – und dann kann man sich auch in eine andere Richtung entwickeln, muss man sogar, wenn man ein Exekutivamt oder den Ständerat anvisiert. Wenn ich nicht falsch liege, wurde auch ein Rudolf Strahm mit einer deutlich linkeren Position als heute in den Nationalrat gewählt – bekannt wurde er ja durch eine kritische Position in der Dritte-Welt-Frage.

- Die skizzierte Entwicklung gilt speziell in grossen Kantonen, in kleinen müssen sich schon die Nationalratskandidaten eher einer gemässigten Linie befleissigen, um gewählt zu werden.

Optionen für die Zukunft

Welche Möglichkeiten sehe ich als Politologe, wohin die SP sich bewegen soll? Aus seinen Annahmen, dass Parteien ihre Stimmzahlen zu maximieren suchen, genau wie die Wählenden ihr Nutzeneinkommen maximieren wollen, entwickelte Anthony Downs in seiner Ökonomischen Theorie der Demokratie ein Modell des Parteienwettbewerbes. Dabei bilden die Politikpräferenzen der Wählenden einen hypothetischen «Raum» – z. B. eine lineare Skala, die von 0 bis 100 geht –, in dem die Parteien eine möglichst günstige Position suchen. Die Kernelemente des Modells sind:

1. JedeR Wählende kann mit einem Punkt, der seiner politischen Position entspricht, in diesem Raum dargestellt werden.
2. Die Positionen der Parteien können im selben Raum abgebildet werden.
3. JedeR Wählende entscheidet sich für die Partei, deren politische Position der eigenen am nächsten ist.

Ein sehr einleuchtendes Beispiel für diesen hypothetischen Raum ist die Links-Rechts-Achse. Die Wählenden entscheiden sich für die Partei, die ihnen auf dieser Skala am nächsten steht. Gemessen wird dies anhand der Selbsteinstufung der Wählenden auf der Links-Rechts-Achse und ihrer Beurteilung, wo die relevanten Parteien auf der Achse lokalisiert sind.

Nach diesem Modell gibt es eine klare Option für die SP Schweiz: Sich zur Mitte hin orientieren, dort die WählerInnen ansprechen und abholen: 1. weil sich die meisten Wählenden in der Mitte ansiedeln; 2. weil es aktuell so aussieht (mal abgesehen von der Swissair-Krise), dass

**Eine ideale
Karriere sieht
folgendermassen
aus: klare
auffällige
Position oder
Thema vertreten,
so gewählt
werden – und
dann kann man
sich auch in eine
andere Richtung
entwickeln.**

Rückorientierung

**zum Staat: Was
früher einmal
SP-Positionen
der Mitte waren,
wäre heute von**

**Bürgerlichen
übernommen
oder sogar links
überholt worden.**

FDP und CVP sich eher aus der Mitte zurückziehen und dort noch mehr Raum freigeben (Option Strahm et al.). Die Gefahren für die SP scheinen bei dieser Option eher klein. In der Deutschschweiz gibt es für die Partei (abgesehen von den Grünen) keine Konkurrenz von Links mehr; deshalb wächst ihr Potenzial, wenn sie den Kampf um die Mitte aufnimmt, denn mangels Alternativen müssen sich die linken SP-Wählenden (gemäss dem Modell) weiter an die SP halten. Es könnte allerdings zu kleinen Linksabsplitterungen kommen, wie dies aktuell gerade in Winterthur versucht wird. In der Westschweiz allerdings gibt es schon heute mit PdA und Solidarités erhebliche linke Konkurrenz. Eine Ausrichtung der SP zur Mitte hin würde in der Romandie diese Konkurrenten auf Kosten der SP stärken; gesamthaft würde aber auch dort das linke Lager mit einer SP-Mitte-Strategie grösser.

Möglicherweise ist diese Option aber zurzeit gar nicht mehr vertretbar, weil im Gefolge der aktuellen Ereignisse eine Rückorientierung zum Staat hin eingesetzt haben mag – was früher einmal SP-Positionen der Mitte waren, wäre heute demnach von Bürgerlichen übernommen oder sogar links überholt worden. Als Indiz, dass dies mindestens bei der SP so angekommen ist, ist die Delegiertenversammlung vom Oktober zu werten, an der ein klares Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz vorgespurt wurde. Es bleibt abzuwarten, wie dauerhaft sich eine entsprechende Neuorientierung auch bei den Bürgerlichen beobachten lässt.

Die Blocher-SP

Das Gegenbeispiel zu diesem Theorieansatz stellt der Erfolg der Blocher-SVP dar: Sie macht genau das Umgekehrte: Fou-tiert sich um die politische Mitte, rutscht immer weiter nach aussen, stört jeglichen Konsens und hat unverschämten Erfolg damit. Ein Grund für diesen Erfolg ist

sicherlich das viele Geld, aber auch die hohe (schon als leninistisch bezeichnete) Identifikation und Arbeitswut der Kader.

Aus der Theorie heraus lässt sich dieser Erfolg aber auch unabhängig von den enormen Ressourcen der SVP erklären: Ihr Aufschwung steht nur im Widerspruch zur Theorie, wenn alle Stimmberechtigten auch wählen würden. Da aber gerade in der Schweiz die Mehrheit nicht wählen geht, besteht ein enormes Mobilisierungspotenzial: Je lauter und extremer (natürlich bis zu gewissen Grenzen) eine Partei auftritt, desto mehr vermag sie es, Nichtwähler für sich zu mobilisieren, die erst durch einen provokativen Standpunkt zur Teilnahme zu bewegen sind. Im Fall der SVP gab es zudem ein erhebliches Potenzial aus Autopartei und Schweizer Demokraten, das durch den neuen Auftritt der SVP absorbiert wurde.

Eine Kopie der Methode SVP würde für die SP also bedeuten, die Mitte Mitte sein zu lassen, links-provokativ und -populistisch aufzutreten, in der Romandie die Linkskonkurrenz aufzusaugen und v. a. neue WählerInnen aus der Lethargie zu wecken. Wie das Beispiel der SVP zeigt, bedeutet diese Option keinen Vorentscheid, ob eine solche SP im Bundesrat bleibt oder nicht.

Diese Option könnte allerdings zu einem Abbrechen eines gemässigten Mitte-Flügels der SP führen, so wie es desaströs in Grossbritannien nach dem Regierungsantritt Thatchers bei Labour zu beobachten war und ansatzweise auch in der Schweiz mit der DSP Basel schon geschah. Die Option darf – wie das Beispiel England zeigt – die Partei nicht zu einer radikalen Sekte ab-, sondern muss sie zu einer breiten populistischen Volksbewegung umbauen. Der von Maillard in seinen Strategie-vorschlägen für die Fraktion anvisierte Austritt führender SP-Vertreter in Bundesverwaltung und öffentlichen Betrie-

ben ist gerade bei dieser Option das falsche Signal.

Wichtig für die Beurteilung dieser Option ist, dass sich die SP Schweiz in den letzten Jahren bereits klar nach Links verschoben hat: Gemäss der Selbsteinstufung ihrer Wählenden in den Nachwahlbefragungen von Selects nach den eidgenössischen Wahlen von 1995 und 1999 ist die SP-Wählerschaft linker geworden; alle anderen Parteien hingegen sind im gleichen Zeitraum ideologisch stabil geblieben.

Ein spezieller Vorteil einer links-populistischen SP wäre eine allgemeine Zunahme des politischen Interesses – die Entwicklung der SVP in den letzten Jahren hat unbestrittenermassen dazu geführt, dass die Schweizer Politik spannender und farbiger geworden ist.

Alarmzeichen

Die kurz skizzierten Optionen mögen sich grosso modo mit den aktuellen Richtungsvorschlägen der SP-Exponenten decken. Insbesondere bei den Vorschlägen aus der Westschweiz wäre aber noch zu prüfen, wie breit die Kreise sind, die damit mobilisiert werden können: Eine SP, die sich deutlich nach links orientiert, kann die Verengung des politischen Spektrums, das sie mit einem solchen Kurs anspricht, nur damit kompensieren, dass sie lärmiger und aktiver wird. Deshalb darf man sich gerade bei dieser Variante für Populismus nicht zu schade sein. Beunruhigend für die Aussichten der SP scheint aber, dass Exponenten beider Richtungen (Strahm und Rennwald) nicht auf einen friedlichen Wettstreit ihrer Ideen setzen, sondern eine Niederlage der SP in den Wahlen 2003 erwarten und schon jetzt als Bestätigung ihrer Thesen verbuchen. Ebenso ein Symptom für die Zerrüttung sind angedeutete Verschwörungstheorien: Strahm und Maillard vermuten je ein heimliches Vorspuren der

SP-Führung auf einen Austritt der SP aus dem Bundesrat beziehungsweise auf einen Verbleib.

Und selbst wenn sich die nationalen Gremien der SP für eine der beiden Richtungsoptionen entscheiden, fangen die Schwierigkeiten bei der Umsetzung an: Bedingt durch den schweizerischen Föderalismus, sind die Kantonalparteien keine Befehlsempfänger und lassen sich ideologisch nur schwer auf eine Linie bringen. Eine einmal beschlossene Strategie lässt sich nicht einfach durchdrücken. Durch regionale Bedingungen, geschichtliche Einflüsse und Zufälligkeiten richten sich Kantonalparteien an gewissen Exponenten und Themen aus, und so ist das Wahrscheinlichste für die Zukunft, dass sich einzelne Kantonalparteien eher für eine Mittelstrategie und andere eher für eine populistische Linksstrategie entscheiden. Eine klare Linie ist also vorläufig nicht abzusehen, sondern unterschiedliche regionale Modelle. Wobei auch die Blocher-SVP im kantonalen Rahmen begann und sich erst nach Jahren als nationales Erfolgsmodell durchsetzte.

Quellen:

- Anthony Downs: An Economic Theory of Democracy. New York.
- Hans Hirter: Wahlen 1999. Zusammensetzung und politische Orientierung der Wählerschaft bei den eidgenössischen Wahlen 1999. Bern.
- Ulrich Klöti: «Kantonale Parteiensysteme – Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien», in Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.): Schweizer Wahlen 1995. Bern.
- Daniel Schloeth: Vor die Wahl gestellt. Erklärungen des Wahlverhaltens bei den eidgenössischen Wahlen 1995. Bern.

Daniel Schloeth ist Politologe mit Schwerpunkt Wahl- und Abstimmungsforschung und vertrat die Grünen zwischen 1991 und 1998 im Zürcher Kantonsrat.